

**BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE,
JUGEND UND KONSUMENTENSCHUTZ**

Der Leiter der Sektion III

**Neue Telefonnummer:
51 507 / 0**

A-1015 Wien, Schuberttring 14
Postfach 10
Telefon 53 25 04-6
Durchwahl

38 1100/12-III/8/86

An das
Präsidium des Nationalrates

Parlament
1010 W i e n

Betrifft:	ENTWURF
Zl.	28 GE/9 36
Datum:	4. JUNI 1986
Verteilt:	6. JUNI 1986 Holf

H Esterer

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Ladenschlußgesetz geändert wird

Bezug: GZ 33.500/4-III/1/86

Zum oben angeführten Entwurf des Bundesministeriums für
Handel, Gewerbe und Industrie übermittelt das Bundes-
ministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz
folgende Stellungnahme (siehe Beilage).

21. Mai 1986

Für den Bundesminister

E n t

Beilage

(25-fach)

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Winklmayr

Bundesministerium für Familie,
Jugend u. Konsumentenschutz
Sektion III / Abt. 4
1015 Wien, Himmelpfortgasse 9

STELLUNGNAHME :

1. Das Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz steht einer Änderung des Ladenschlußgesetzes grundsätzlich nicht negativ gegenüber, sofern dabei den berechtigten Anliegen der Konsumenten- wie auch der Familienpolitik Rechnung getragen wird.

Die Veränderung der Lebensgewohnheiten hat es mit sich gebracht, daß die derzeitige Regelung der Ladenschlußzeiten von Teilen der Bevölkerung als nicht mehr adäquat empfunden wird.

Gleichzeitig muß jedoch berücksichtigt werden, daß weitreichende Änderungen der derzeitigen Ladenschlußzeiten bedeutende Nachteile für die Familien der Handelsangestellten, bringen könnten.

2. Grundsätzlich spricht sich das Bundesministerium für Familie, Jugend und Konsumentenschutz, wie dies auch in der Erläuterung zum Entwurf vom Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie zum Ausdruck gebracht wird, gegen eine Verlängerung der Gesamtöffnungszeiten aus und weist gleichzeitig darauf hin, daß von den Verordnungsmächtigungen, die das Ladenschlußgesetz in der geltenden Fassung den Landeshauptleuten einräumt, bisher nur in geringem Maß Gebrauch gemacht worden ist.
3. Die vorgeschlagene Einführung eines Einkaufssamstagnachmittages pro Monat kann nicht befürwortet werden, weil dadurch die bestehende Nahversorgungsstruktur gefährdet werden könnte.

Darüberhinaus soll das Wochenende den Familien vorbehalten sein, und zwar auch den Familien der Handelsangestellten, die ohnehin bereits ungünstigere Arbeitszeiten als andere Branchen zu Kauf nehmen müssen.

4. Im übrigen sollen auch die Ergebnisse der Verhandlungen der Sozialpartner entsprechende Berücksichtigung finden.